

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 4. September 2019 / Mercredi après-midi, 4 septembre 2019

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion / Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie

34 2019.BVE.113 Kreditgeschäft GR

Münchenbuchsee, Hofwilstrasse 51, Gymnasium Hofwil. Erweiterung, Umbau und Unterhalt. Verpflichtungskredit für die Projektierungsarbeiten inkl. Ausschreibung

34 2019.BVE.113 Affaire de crédit GC

Münchenbuchsee, Hofwilstrasse 51, Gymnase Hofwil. Agrandissement, transformation et entretien. Crédit d'engagement pour l'étude de projet, appel d'offres compris

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 34 und machen an dieser Stelle hier einen kurzen Wechsel in der Ratsführung.

Der Vizepräsident, Stefan Costa, übernimmt den Vorsitz. / Le vice-président Stefan Costa prend la direction des délibérations.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Traktandum 34: Es handelt sich um das Geschäft aus der Sommersession, das verschoben wurde, ein Verpflichtungskredit für das Gymnasium Hofwil. Es untersteht dem fakultativen Finanzreferendum. Wir führen eine freie Debatte. Das Wort ist offen für Grossrätin Dumermuth, wenn sie angemeldet wäre. – Kann sie jemand einloggen?

Antrag BaK (Klauser, Bern)

Das Geschäft wird mit folgender Auflage an den Regierungsrat zurückgewiesen:

Die Finanzierbarkeit der Investition ist mit Blick auf die Finanzierungslücke in der Investitionsplanung zu klären. Dafür ist eine Lösung für das Schliessen der Finanzierungslücke vorzulegen unter Einbezug einer Priorisierung der Investitionen.

Proposition de la CIAT (Klauser, Berne)

L'objet est renvoyé au Conseil-exécutif assorti de la charge suivante :

Le financement de cet investissement doit faire l'objet d'une clarification au vu du découvert du plan d'investissement. Une solution permettant de combler ce découvert devra être présentée à cette fin, avec une liste de priorité des investissements.

Marianne Dumermuth, Thun (SP), Kommissionssprecherin der BaK. Er wurde vom Sommer in den Herbst verschoben, nämlich der Projektierungskredit für das Gymnasium Hofwil. Wir sprechen im Moment von 6 Mio. Franken. Wir machten im März eine Besichtigung, und ich möchte Ihnen zuerst etwas zur Situation des Gymnasiums Hofwil sagen. Es ist eines von vier Gymnasien in der Region Bern-Mittelland. Das Areal hat eine sehr lange und auch sehr spannende Geschichte. Es gehört heute zu den Ortsbildern von nationaler Bedeutung. 1997 wurde es, wie manch anderes Lehrerseminar, zu einem Gymnasium. Heute gibt es dort 21 Klassen mit etwa 460 Schülerinnen und Schülern. In den 1980er-Jahren führte man die letzte grosse Sanierung durch; man erstellte damals Provisorien. 2017 erstellte man noch mehr Provisorien, zum Beispiel auch eine provisorische Turnhalle, weil man die Quarta-Lösung einführte. Alle Provisorien sind bis 2024 bewilligt. Jedes Mal, wenn diese kommuniziert und hier im Rat bewilligt wurden, wurde gesagt, diese müssten einmal in eine definitive Lösung umgewandelt werden. Ausschlaggebend ist zum einen auch, dass auch die Schülerzahlen immer zunehmen, auf Sek-Stufe II etwa um 2 Prozent. Zum andern nimmt auch die Bevölkerung in der Region zu, was wiederum mehr Schülerinnen und Schüler generiert. Noch etwas zur Mensa: Sie wurde 1980 für 140 Sitzplätze gebaut. Heute gibt es doppelt so viele Personen, die dort in einem Mehrschicht-Betrieb essen müssen. Ich fasse zusammen: Die räumlichen Verhältnisse sind eng, die letzte grosse Sanierung gab es 1980, die Provisorien sind zeitlich

limitiert, und es braucht eine zusätzliche Klassenreihe. Wie will man diesen Problemen nun begegnen? – Einerseits mit Neubauten, andererseits mit Unterhalt und Sanierung. Sie konnten lesen, was damit gemeint ist: Sämtliche Gebäude sollen nach den Standards Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) gebaut werden.

Zu den Investitionskosten: Sie werden auf etwa 60 Mio. Franken geschätzt, und Sie konnten auch lesen, dass es 2013 zuerst um 40 Mio. Franken ging. Das sind also 20 Mio. Franken weniger als heute, und dies gibt – wie immer in solchen Fällen – natürlich sehr viel zu reden. Das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) kam auf uns zu und stellte uns den Prozess von der ersten Überlegung bis heute nochmals plausibel dar. Es sind viele Jahre ins Land gegangen. Das Projekt, das der Besteller dem AGG vorlegte, wird vom AGG auch plausibilisiert, aber die ERZ hat den Lead und kann sagen, was sie braucht. Das AGG führte auch eine Machbarkeitsstudie durch, und die Mehrkosten kommen dadurch zustande, dass mehr Leistungen erbracht werden. Die Mehrleistungen, die erbracht werden, haben sich erst mit der Zeit herauskristallisiert. Es *ist* ein Problem – wir werden dies in der BaK mit dem AGG, und vielleicht auch mit den Bestellern, sicher noch weiter diskutieren –, wie man von der ersten zur zweiten, zur dritten und zur vierten Zahl gelangt, damit das einigermaßen konsistent ist. Nun kann man sich noch etwas anderes fragen: Man kann sich noch fragen, ob die zusätzlichen Flächen an diesem Standort, nämlich in Hofwil, aus der Gesamtsicht der Region Bern überhaupt Sinn machen. Danach haben wir natürlich auch gefragt. Aber wir wissen, dass die anderen Gymnasien – das sind Kirchenfeld, Lerbermatt und Neufeld – entweder keinen Platz mehr haben, dass sie schon jetzt Engpässe haben, oder dass sie sogar saniert werden müssen, wie das Gymnasium Neufeld. Sie können dies also nicht auffangen.

Es gibt noch einen weiteren für uns wichtigen Punkt: Der Standort Hofwil ist bei den Schülerinnen und Schülern sehr gefragt. Es ist nach wie vor eine kleine Schule mit einer familiären Atmosphäre. Zudem ist es eine Talentförderungsschule für Sport und Kunst, und diese wird von der ganzen Schweiz in Anspruch genommen, da sie ein Internat haben. Wir haben dort nochmals nachgefragt und haben den Eindruck, dass das Gymnasium Hofwil mit seiner Vielfalt ein spezieller Ort für das Lernen, aber auch für das Leben ist. Wir haben aber auch nach möglichen Etappierungen gefragt, um die Kosten möglichst auf mehrere Jahre zu verteilen. Dazu kann ich mich kurzfassen: Wir haben eine schlüssige Antwort erhalten, wonach dies nicht gehe.

Ich fasse zusammen: Aus all diesen Überlegungen gibt es keine Alternativen. Was ich mir auch zu sagen erlaube: Es ist wichtig, die Realisierung ist für die Jahre 2022 bis 2025 vorgesehen, also vor dem maximalen Peak der Investitionskosten des Kantons. Was ich mir auch noch zu sagen erlaube: Auch das AGG muss eine vernünftige, zweckmässige Ressourcenplanung machen. Wenn wir zu viele Projekte stauen, bekommt auch das AGG ein Problem. Deswegen finden wir es zwingend, dass dem Verpflichtungskredit nun für die Projektierung, also für die 6 Mio. Franken, zugestimmt wird. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Stefan Costa, Langenthal (FDP), Vizepräsident. Wir haben zu diesem Geschäft einen Rückweisungsantrag seitens der BaK. Dieser wird begründet von deren Präsidenten, Grossrat Klauser.

Der Präsident, Hannes Zaugg-Graf, übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président Hannes Zaugg-Graf reprend la direction des délibérations.

Daniel Klauser, Bern (Grüne), Kommissionspräsident der BaK. Etwas zum Vorgehen, weshalb Grossrätin Dumermuth das Geschäft vorgestellt hat und ich den Rückweisungsantrag begründe. Es reflektiert eigentlich das, was wir auch in der Kommission hatten: Wir haben zwei parallele Diskussionen, die stattfinden. Wir haben eine Diskussion, die sich um das Bauprojekt dreht. Marianne Dumermuth hat dargelegt, wie die BaK das Bauprojekt überprüft. Parallel dazu läuft eine finanzpolitische Diskussion, die vom Kontext her über das vorliegende Geschäft hinausgeht. Deshalb haben wir uns so abgesprochen, dass sie das Geschäft inhaltlich vorstellt und ich in meiner Rolle als Präsident der BaK zum Rückweisungsantrag spreche und ihn begründe. Ich möchte in meinem Votum auf drei Punkte eingehen, zum einen auf die Rolle der BaK in dieser finanzpolitischen Diskussion; zur Vorgeschichte dieses Antrags möchte ich etwas sagen, dann noch zu den Argumenten für oder gegen den Antrag, wie sie in der Kommission vorgebracht wurden.

Ich beginne mit der Rolle der BaK: Die BaK hat sich in den vergangenen Monaten eingehend mit finanzpolitischen Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung der anstehenden Investitionen befasst, befassen müssen, befassen dürfen. Es ist eine Aufgabe, welche die BaK als Kommission nicht gesucht hat, und es ist auch eine Aufgabe, die sie gerne baldmöglichst ad acta legen möchte,

um sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und diese Diskussionen wieder der FiKo überlassen zu können. Aus Sicht der BaK sollte es nicht nötig sein, dass in der BaK bei jedem Geschäft, bei jedem eintreffenden Investitionsgeschäft wieder über die Finanzierung gesprochen werden muss. Aus unserer Sicht ist dies Ausdruck davon, dass der Regierungsrat seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, weil diese Frage sonst längst ausreichend geklärt wäre, sodass sich die BaK nicht jedes Mal wieder damit befassen müsste. Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass ich die Zusammenarbeit der BaK mit der FiKo in diesem Kontext immer sehr konstruktiv erlebt habe.

Zur Vorgeschichte dieses Rückweisungsantrags: Beim Geschäft zum Neubau des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt des Kantons Bern (SVSA) empfahl die FiKo der BaK in einem Mitbericht, das Geschäft an den Regierungsrat zurückzuweisen. In der Folge beantragte die BaK dem Grossen Rat die Rückweisung mit der Auflage: «Die Finanzierbarkeit der Investitionen ist mit Blick auf die Finanzierungslücke in der Investitionsplanung zu klären. Dafür ist eine Lösung für das Schliessen», ich betone: das Schliessen, «der Finanzierungslücke vorzulegen unter Einbezug einer Priorisierung der Investitionen.» Dieser Grosse Rat stimmte im Zusammenhang mit dem Geschäft SVSA diesem Rückweisungsantrag mit 91 zu 47 Stimmen bei 11 Enthaltungen in der Märzsession zu. Im Mai beschloss die BaK, wiederum auf Empfehlung der FiKo, einstimmig, auch das vorliegende Geschäft zum Gymnasium Hofwil mit einem exakt gleich aussehenden Rückweisungsantrag zu versehen und dem Grossen Rat zu beantragen, auch dieses Geschäft mit der gleichen Begründung zurückzuweisen. Zu diesem Zeitpunkt wurde uns auch in der BaK seitens des Regierungspräsidenten – damals noch Christoph Neuhaus – in Aussicht gestellt, die FiKo und die BaK würden noch vor den Sommerferien über die Priorisierung informiert, welche dann vorliegen werde. Die BaK sprach sich damals auch für eine Rückweisung aus und nicht für eine Verschiebung des Geschäfts, weil man die zwei Geschäfte SVSA und Hofwil gleichbehandeln und nicht gegeneinander ausspielen wollte. Der Grosse Rat beschloss dann in der Junisession, das Geschäft zu verschieben, mit der Begründung, bis zur nächsten Session – da sind wir nun, im September – liege die Priorisierung vor, und der Rückweisungsantrag, wie ihn die BaK stellte, sei bis dahin obsolet.

Die BaK wurde Anfang Juli von der Finanzdirektorin persönlich über die Priorisierung informiert. Diese Information löste bei den Mitgliedern der BaK eine grosse Konsternation aus, und dies ist eher diplomatisch formuliert. Die Informationen, die der BaK vorgelegt wurden, erfüllen die Auflagen, wie sie im Rückweisungsantrag zu diesem Geschäft und auch im Geschäft zum SVSA formuliert sind, nicht annähernd. Darin ist sich die Kommission einig. Weder in der Variante mit Investitionsfonds, geschweige denn beim Szenario ohne Investitionsfonds, werden Massnahmen vorgestellt, welche die Finanzierungslücke von 500 bis 700 Mio. Franken zu mehr als zur Hälfte schliessen würden. Für Konsternation sorgte insbesondere auch, dass bei keinem einzigen geplanten Projekt die Redimensionierung vorgesehen war. Es waren einzig Verschiebungen vorgesehen und in einem Fall der Verzicht auf eine Sanierung, was im Wesentlichen eigentlich auch wieder eine Verschiebung ist. Einzig im Zusammenhang mit dem Investitionsfonds, über den wir nächste Woche diskutieren werden, wurde der Verzicht auf Projekte in Aussicht gestellt; andere würden sagen, «androhen» sei das treffendere Wort, aber darüber werden wir nächste Woche noch zur Genüge sprechen.

Ich komme zu den Argumenten für oder gegen den Rückweisungsantrag, wie er jetzt vorliegt, mit der ganzen Vorgeschichte, die ich jetzt geschildert habe. *(Der Präsident weist den Redner angesichts der überschrittenen Redezeit für Antragstellende darauf hin, dass nur den Kommissionssprechenden eine längere Redezeit zustehe. / Le temps de parole accordé aux auteurs d'une proposition étant écoulé, le président informe l'orateur qu'un temps de parole plus long revient uniquement aux rapporteurs de commission.)* Wir haben uns das Votum geteilt. *(Der Präsident präzisiert, er zeige sich angesichts der vom Redner bereits beanspruchten Redezeit sehr kulant und bitte ihn, sich nun kurz zu fassen. / Vu le temps de parole sollicité par l'orateur, le président précise qu'il se montre très conciliant et lui demande d'être bref.)* – Sonst macht Peter Sommer den Rest. Also: Nachdem die BaK den Rückweisungsantrag im Mai noch einstimmig beschlossen hatte, war im Juli eine Minderheit der BaK der Meinung, man solle das Geschäft nicht zurückweisen, weil eine Verschiebung das Problem Investitionsspitze nicht löste. Es ist zwar so, dass ein erheblicher Teil der Investitionen, welche mit diesem Bauprojekt ausgelöst werden, innerhalb der Investitionsspitze liegt, aber in der ersten Hälfte; durch ein Verschieben nach hinten läge er dann in der zweiten Hälfte.

Die Mehrheit der BaK ist hingegen der Auffassung, der Regierungsrat habe seine Hausaufgaben nicht gemacht, und es sei notwendig, dass der Druck aufrechterhalten bleibt. Der Mehrheit der BaK geht es auch darum, die Geschäfte SVSA und Hofwil gleich zu behandeln. Die Rückweisung ist aus Sicht der BaK-Mehrheit nicht mehr als konsequent, nachdem der Grosse Rat ein vergleichbares

Geschäft, jenes des SVSA, mit der gleichen Begründung zurückwies. Ich möchte betonen, dass dieser Rückweisungsantrag der BaK-Mehrheit kein Votum gegen das Gymnasium Hofwil ist, sondern mehr als Antrag gegen den Regierungsrat zu verstehen ist und gegen seinen Unwillen oder auch seine Unfähigkeit, bei der Frage der Priorisierung der Investitionsvorhaben, konkrete und ausreichende Vorschläge auf den Tisch zu legen. Die BaK empfiehlt Ihnen mit 8 zu 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen, dieses Geschäft zurückzuweisen.

Präsident. Dieses Mal habe ich auch noch das Hühnerauge zgedrückt. (*Heiterkeit / Hilarité*) Wir kommen zu den Fraktionssprechenden.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Nach einer Zusatzschleife ist dieses Geschäft Gymnasium Hofwil nun wieder da, und die BaK möchte das Geschäft wieder nicht bewilligen, nein, nicht «nicht bewilligen», sondern zurückweisen. Die Gründe dafür sind klar, sie liegen nicht am Projekt selbst, sondern an der Priorisierung der Investitionen, wie das Oberthema heisst. Die Auflistung der künftigen Investitionen ist jetzt zwar erfolgt, die ungefähren Investitionssummen sind in etwa klar, so gut man diese vielleicht klären kann, hingegen noch nicht die genaue Priorisierung. Die Vorschläge des Regierungsrates, welche Geschäfte er beschleunigen und welche er nach hinten schieben will, fehlen noch. Allerdings sollte der Regierungsrat auch wissen, wie viel er pro Jahr wirklich investieren kann, und zwar mit oder ohne Fonds. Jetzt ist genau die Situation eingetroffen, die wir nicht gebrauchen können. Im Grossen Rat wird nun ein Seilziehen losgehen, welche Investitionen bewilligt werden sollen. Schon jetzt stellt sich die Frage, was denn wichtiger ist, das Gymnasium oder ein Strassenverkehrsamt. Dies nur als Beispiel. Genauso darf es nicht ablaufen. Die Investitionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie alle haben ihre Berechtigung und sind wichtig für den Kanton. Wir müssen alle Projekte anpacken, und zwar schnell. Ein Zaudern kann unser Kanton nicht brauchen. Wir haben schon zu viel Zeit verloren, denn sonst hätten wir nicht eine so lange Pendenzenliste: ein Berg an Investitionen für die nächsten zehn Jahre mindestens. Noch mehr Bauchschmerzen bereitet mir allerdings die Tatsache, dass die BVE die bewilligte Investitionssumme in der letzten Zeit gar nicht bewältigen könnte. Sie hat während mehreren Jahren zu wenig verbaut. Warum? – Ich weiss es nicht. Wie sollen so all diese Projekte gestemmt werden? Wie sollen so alle anderen, auch die kleineren Unterhaltsarbeiten, ausgeführt werden? – Wir haben einen Nachholbedarf. Die BDP ist über die gegenwärtige Situation alles andere als erfreut. Aus diesen Überlegungen heraus muss der Entscheid zu Hofwil verstanden werden. Die grosse Mehrheit der Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag der BaK ab, weil es vorwärtsgehen muss, weil wir uns keine Verzögerungen leisten können, und weil wir dem Projekt Hofwil grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Wir werden uns aber jederzeit wehren, wenn in Zukunft ein Streit um die Investitionen stattfindet. Dies darf nicht passieren, dies ist nicht im Sinn eines erfolgreichen Kantons Bern.

Dem Eventualantrag der FDP stimmen wir jedoch zu, trotz des laufenden Architekturwettbewerbs, bei dem die Rahmenbedingungen bereits gegeben sind. Auch die BDP-Fraktion hat den Eindruck, dass beim AGG sehr grosszügig bestellt wird. Wir wollen all die vorgesehenen Projekte realisieren, und deshalb verlangen wir bei der Bedarfsermittlung und den Ausbaustandards grösste Zurückhaltung, auch im Gymnasium Hofwil. Zusammengefasst: Ja zum Verpflichtungskredit, Nein zur Rückweisung, Ja zum Eventualantrag.

Präsident. Bernhard Riem, dies war etwas gar effizient. Ich möchte Sie alle bitten, zum Eventualantrag – weil es eben ein Eventualantrag ist und dieser erst folgt, wenn es allenfalls keine Rückweisung gibt – erst dann noch etwas zu sagen. Sonst gibt es ein Durcheinander. Trotzdem vielen Dank, das war sehr effizient. Ich gebe Martin Aeschlimann für die EVP das Wort.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Die EVP wird diesem Geschäft einstimmig zustimmen und sowohl den Rückweisungsantrag der BaK als auch den Eventualantrag ablehnen. Das Geschäft ist in unserer Fraktion, sorry, inhaltlich überhaupt nicht bestritten. (*Heiterkeit / Hilarité*) Auch in der BaK gab es keine grundsätzlichen fachlichen Vorbehalte bei diesem Geschäft. Die Abstimmungsergebnisse der BaK waren mit 12 Ja-, 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen eindeutig.

Jetzt befinden wir uns aber in einer neuartigen Situation, wie ich sie in meinen fast acht Jahren hier im Rat bisher nicht erlebt habe. Nach dem SVSA haben wir bereits das zweite grosse Bauprojekt in Folge, welches zwar den Bedürfnisnachweis erbringt, fachlich einwandfrei aufbereitet wurde, aber an der fehlenden Einbettung in eine Investitionsplanung mit entsprechender Priorisierung scheitert, respektive bereits ohne Diskussion in eine nächste Session verschoben wurde und nun wieder

verschoben werden soll. Wenn ein Parlament, liebe Frauen und Männer, der Regierung die Investitionen verweigert, befinden wir uns nicht mehr im üblichen politischen Modus. Liebe Mitglieder der Regierung, dies ist der zweite Akt in einem Drama, welches wir so bisher nicht kannten. Wenn wir so weitermachen, geraten wir in einen Zustand eines «Government Shutdown», eines Aussetzens der grundlegenden Funktionen, die von einem Staat erwartet werden können. Nun ist es aber nicht so, dass die Regierung von aussergewöhnlichen Ereignissen oder höherer Gewalt überrascht wurde, denn bereits die Vorgängerin des heutigen Baudirektors sprach wiederholt von einer sogenannten Bugwelle. Ich kann die offensichtliche Nonchalance gegenüber der Forderung des Grossen Rates nach Transparenz in der Investitionsplanung, die nun zu diesem faktischen Investitionsmoratorium geführt hat, überhaupt nicht verstehen. Denn beim Projekt SVSA konnten wir noch davon ausgehen, dass eine Rückweisung zu offensichtlichen, spürbaren Konsequenzen führen wird.

Anders ist es bei diesem Geschäft: Die Lehrerschaft und die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums werden länger mit Provisorien und mit zu engen Platzverhältnissen leben müssen. Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn dieses Spiel so weitergeht, wird das Vertrauen in die professionelle Funktionsfähigkeit des Kantons, eines Staates beschädigt. Die Regierung hätte schon in der Sommersession die vom Grossen Rat wiederholt geforderte Investitionsplanung mit der Priorisierung vorlegen können, nämlich eine, die man versteht. Dies ist nicht passiert. *(Der Redner hält kurz inne. / L'orateur marque une pause.)* Es handelte sich aus unserer Sicht auch nicht um eine Forderung, sondern um eine Art Alibiübung des Grossen Rates, um eine sprunghafte Idee des Grossen Rates, um irgendein «Vorstössli» aus dem Tierbuch. Aus unserer Sicht handelte es sich nämlich um eine Forderung, die eine grundlegende Aufgabe der Regierungstätigkeit und eine notwendige Voraussetzung ist, um überhaupt Investitionsentscheide fällen zu können. Es kann doch nicht sein, dass jetzt auf dem Rücken unbeteiligter Schülerinnen und Schüler die Versäumnisse der Regierung in der Finanzplanung ausgetragen werden. Da helfen wir nicht mit.

Wir haben in der Fraktion lange über die zweite Rückweisung diskutiert und haben es uns nicht einfach gemacht. Die EVP-Fraktion anerkennt angesichts des steigenden Investitionsbedarfs die Dringlichkeit einer strengen Prioritätensetzung, aber auch die Überprüfung, welche Investitionsprojekte im Umfang optimiert werden könnten. Die politisch wichtige Diskussion wollen wir nicht exemplarisch anhand eines unbestritten notwendigen Bauprojekts führen oder austragen. Die Diskussion über die Prioritätensetzung ist strategischer Natur und gehört aus unserer Sicht an prominenter Stelle in die Budgetdebatte. An dieser Stelle müssten wir das hier drinnen diskutieren, und zwar nicht das Technische, sondern das Politische: Was hat welche Priorität und wie gross darf dieses Teil sein? *(Unruhe / Agitation dans la salle)*

Ich käme jetzt zum Abänderungsantrag der SVP, aber ich habe den Chef so verstanden, dass ich jetzt nichts dazu sagen darf. Ich kann einfach zusammenfassen: Wir helfen nicht mit, die Diskussion exemplarisch an diesem Projekt zu führen, wir brauchen aber diese Diskussion. Die EVP-Fraktion ist sicher auch nicht bereit, in der Bildungsinfrastruktur, wie es der Eventualantrag vorsieht, präventiv die Standards zu senken, während andere Projekte – das teuerste Strassenprojekt «ever» in der Pipeline wäre nämlich Oberraargau und Emmental – noch nach den Standards vergangener Jahrzehnte fröhlich weiterprojektiert werden.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Vorneweg herzlichen Dank all jenen, die bereits unserem Eventualantrag zugestimmt haben, obschon ich ihn noch gar nicht vorgestellt habe. *(Heiterkeit / Hilarité)* Zur Rückweisung der BaK: Die FDP wird diese Rückweisung unterstützen, und ich möchte hier auch klar deponieren, dass dieses Votum nicht gegen das Gymnasiums Hofwil gerichtet ist. Wir erkennen den Sanierungsbedarf, dieser ist ausgewiesen, und dort muss man etwas machen. Kollege Martin Aeschlimann sprach vorhin von einem Trauerspiel. Wir sehen dies ähnlich. Es geht uns hier primär um die Ungleichbehandlung der Kreditgeschäfte. Es ist für uns nichts als konsequent, wenn wir zu diesem Kredit auch Nein sagen. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, weshalb unser Baudirektor sich für das Gymnasium Hofwil dermassen ins Zeug legt, obwohl uns in der Debatte zum SVSA ein vergleichbar laues Lüftchen entgegenwehte, als wir dieses Projekt zurückwiesen.

Beim SVSA besteht aus unserer Sicht ein genauso dringender Handlungsbedarf wie beim Gymnasium Hofwil. Die Nutzung der Infrastruktur am Schermenweg ist seit Längerem grenzwertig. Wer schon einmal in der Einstellhalle war, wähnt sich eher in einem Wald als in einer Einstellhalle, weil sich dort drinnen lauter Baumstämme befinden, mit welchen man verhindern will, dass die Decke einstürzt. Ich persönlich möchte auch nicht die Verantwortung übernehmen, sollte es dort zu einem Schadensfall oder sogar zu einem Unfall kommen. Deswegen sehen wir den Handlungsbedarf beim SVSA ebenso hoch wie beim Gymnasium Hofwil. Man versucht hier nun Druck zu machen,

obschon wir von der Regierung bis heute keine plausible Priorisierung der Investitionen erhalten haben. Auf der einen Seite wird mit der Streichung von Investitionen im Bildungsbereich gedroht, sollte der Grosse Rat dem Investitionsfonds nicht zustimmen, insbesondere oder namentlich mit dem Bildungscampus Burgdorf, der über die Klinge springen müsste. Auf der anderen Seite sollen wir hier einem Millionenkredit für die Sanierung des Gymnasiums Hofwil zustimmen, was wiederum in den Bildungsbereich fällt. Dieses Vorgehen ist für uns alles andere als schlüssig, und deshalb werden wir dieser Rückweisung zustimmen.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Herr Präsident, Herr *abwesender* Baudirektor, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Gegenüber der letzten Rückweisung haben wir keine neuen Informationen. Wir verlangten, dass priorisiert wird, dass aufgezeigt wird, wie man diesen Investitionsstau oder diese Investitionsvolumen stemmen kann. Wir haben ein halbherziges Papier erhalten, und Daniel Klauser hat es schön ausgedrückt: Konsterniert nahmen auch wir dieses seitens der Glp-Fraktion zur Kenntnis. In der Zwischenzeit werden munter neue Projekte nachgeschoben. Ich erinnere an das Gymnasium Muesmatt, ich erinnere an das Gymnasium Burgdorf. Innerhalb dieses Ladens sollen wir nun priorisieren!

Wir sehen keinen Grund, weshalb wir das Gymnasium Hofwil prioritär behandeln sollten. Ist denn das Gymnasium Muesmatt offenbar nicht so dringend? Ist denn das Gymnasium Burgdorf nicht so dringend, sodass wir jetzt punktuell etwas herauszupfen und genau dies machen? – Wir müssen bei dieser Rückweisung bleiben, damit sie endlich einmal Ordnung schaffen. Wir haben auch verlangt, dass beispielsweise kreative Ansätze dargelegt werden. Dort habe ich leichte Differenzen zu meinem Vorredner Peter Sommer. Wir sind beispielsweise klar davon überzeugt, dass es kein neues SVSA braucht. Wir haben eine wunderbare Privatwirtschaft; wir haben Garagen, welche die Verkehrsprüfungen problemlos machen können. Wieso lagern wir diese Aufgaben nicht aus? – Im Kanton Bern sind wir es uns gewöhnt, Aufgaben, die man sich mal aufs Auge gedrückt hat, nie wieder zu hinterfragen. Wir befinden uns in einer modernen Zeit und in einem starken Wandel. Solche Schritte erwarte ich von einer visionären Regierung. Wir können nicht einfach «blätlerle» und ein bisschen Seifenwasser herumschieben und sagen, dies sei jetzt nötig, denn sonst gehe die Welt unter. Darum werden wir klar dabeibleiben, dass wir diese Projekte weiterhin zurückweisen werden. Ich hoffe nicht, dass nun reihenweise umgekippt wird. Denn das, was sie uns vorgelegt haben, und das Aufzeigen, wie sie die Kurve glätten wollen, ist inhaltlich falsch, mutlos und visionslos. Es braucht nun unser Parlament, das den Druck hochhält, damit sie endlich – entschuldigen Sie! – den Finger rausnehmen und ihren Job machen. Ich hoffe, Sie bleiben dabei.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Kornelia Hässig.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP). Der Projektierungskredit wurde bereits im April in der BaK behandelt und hat nun eine kleine Odyssee hinter sich: Im Juni wurde er auf den September verschoben, um eine Rückweisung zu verhindern. Heute müssen wir uns nun aber entscheiden und Farbe bekennen, damit die Projektierung endlich an die Hand genommen werden kann. Nein, wir von der SP wollen klar nicht bei der Bildung sparen! Die Sanierung Hofwil ist ein lange hinausgeschobenes Gesamtprojekt, und wir müssen nun Geld in die Hand nehmen, damit es dann wieder für 40 Jahre Ruhe gibt und gut ist. Die Schulanlage wurde vor rund 45 Jahren zum letzten Mal saniert und dabei auf 10 Klassen und 200 Schülerinnen und Schüler ausgelegt. Heute werden dort 460 Schülerinnen und Schüler in 21 Klassen unterrichtet. Die steigenden Schülerzahlen führten dazu, dass man zeitlich befristete Provisorien einrichten musste. Dies ist kein Dauerzustand, und die Bewilligungen für die Provisorien laufen 2024 aus. Zudem müssen diverse Sanierungen, die man eben im Hinblick auf die Gesamtsanierung hinausgeschoben hat, gemacht werden. Zum Beispiel muss die Heizung ersetzt werden, Brandschutzmassnahmen müssen umgesetzt werden, die Erdbebensicherheit muss gewährleistet sein. Deswegen kostet es mehr, als man ursprünglich eingestellt hat, aber die BaK schaute dieses Geschäft an wie alle anderen, und man fand nichts, von dem man hätte sagen müssen, es sei nicht korrekt. Nein, wir dürfen das Gymnasium nicht als Zankapfel finanzpolitischer Dissonanzen benutzen. Dies wäre gegenüber der Lehrerschaft und den Jugendlichen unfair. Es wäre auch für unser Parlament unwürdig.

Für uns von der SP ist ganz klar: Wir dürfen das Gymnasium nicht zum Spielball der ruinösen Sparpolitik der Bürgerlichen machen. Das mit dem SVSA haben Sie sich selbst eingebrockt. Die Regierung hat Ihnen unterdessen Sparpläne vorgelegt, und Sie sind nicht zufrieden, aber darunter soll nun nicht das Gymnasium leiden müssen. Am Gymnasium Hofwil sollte nun endlich gebaut werden

können, damit sie in möglichst naher Zukunft im normalen Modus unterrichten können. Bei der Bildung zu sparen – darin sind wir uns doch eigentlich alle einig –, ist unsinnig und kurzsichtig. Wir von der SP machen da nicht mit. Wir stehen zu mehr als 100 Prozent hinter diesem Kredit und werden diesem zustimmen. Wir stellen uns zu mehr als 200 Prozent gegen diese Rückweisung. Auch den Abänderungsantrag erachten wir als sinnlos und werden ihn auch nicht unterstützen. Dieser ist reine Symbolik.

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (SVP). Geschätzter Herr Grossratspräsident, werter *anwesender* Herr Baudirektor, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Bedarf des Gymnasiums Hofwil an Sanierung, Umbau und Ausbau ist nicht bestritten. Leider haben wir die Prioritäten vom Regierungsrat nicht im gewünschten Mass erhalten, und sie entsprechen nicht ganz den Regierungsrichtlinien 2030 mit Vision, Zielen und Massnahmen. Die Bugwelle – dies wissen wir alle hier – hat nicht der jetzige Regierungsrat und Bauverantwortliche verursacht, sondern diese ist schon länger bekannt. Die Kostensteigerung dieses Projekts beziehungsweise Vorprojekts ist nicht zum ersten Mal, sondern immer noch unschön, nämlich, dass es plötzlich 20 Mio. Franken mehr sind. Auch die 6 Mio. Franken Projektierungskosten sind eine stolze Summe, inklusive der 19 Mio. Franken für die Doppelturnhalle, die doch etwas unverhältnismässig daherkommt. Sonst müssten wir dies den Gemeinden künftig besser erklären können. Bezüglich der für den Unterhalt aufgestauten Summe von 7 Mio. Franken ist nicht ganz erklärbar, weshalb es so weit gekommen ist. Man könnte nun weiter verzögern; es ist definitiv klar, dass man dies könnte, denn die Fakten sind immer noch dieselben. Es ist aber so, dass wir nicht kippen, sondern bei der SVP dem Motto «der Gescheitere gibt nach» folgen. Vielleicht sollten wir auch daran denken, dass nach der Hör- und Sprachschule in Münchenbuchsee, nach dem Strassenverkehrsamt in Münchenbuchsee vielleicht auch das dritte Projekt für das vierte künftig in einer anderen Gemeinde gebaut wird. Deshalb unterstützt die SVP diesen Rückweisungsantrag nicht mehr.

Kilian Baumann, Suberg (Grüne). Auch die grüne Fraktion unterstützt diesen Rückweisungsantrag *nicht*. Wir sind mehrheitlich der Meinung, dass vonseiten des Regierungsrates im Gegensatz zur letzten Session nun eine Investitionsplanung vorliegt, also mehr Informationen vorliegen über die bevorstehenden Investitionsspitzen. Zumindest werden Lösungsvorschläge gemacht, wie man mit dieser Finanzierungslücke umgehen oder wie man diese Finanzierungslücke schliessen möchte. Aus unserer Sicht tragen auch die vielen überdimensionierten und zu teuren Strassensanierungsprojekte zu dieser Investitionsspitze bei. Darunter dürfen nun nicht die Schulen leiden. Dies wurde bereits vom Sprecher der EVP und auch von der Sprecherin der SP: Wenn wir so viel in die Strassensanierungsprojekte hineingebuttert haben, dürfen wir hier nicht bei der Bildung sparen. Zum Eventualantrag der FDP kann ich hoffentlich nachher noch sprechen.

Präsident. Wir kommen zu Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern, zuerst zu Annegret Hebeisen, SVP.

Annegret Hebeisen-Christen, Münchenbuchsee (SVP). Vorneweg meine Interessenbindungen: Ich wohne in Hofwil und bin Mitglied der Schulkommission des Gymnasiums Hofwil. Der Verpflichtungskredit für die Projektierungsarbeiten zur Sanierung und Erweiterung des Gymnasiums Hofwil fällt in die Kategorie «immer wieder aufgeschoben». Wir müssen nun liefern und nicht nur labern. Die Investitionen sind nötig, weil unter anderem die Provisorien mit der Auflage genehmigt wurden, dass sie bis 2024 durch einen Neubau ersetzt werden müssen. Die Sanierung und Erweiterung des Gymnasiums Hofwil ist im Grundsatz wohl unbestritten. Genehmigen wir hier und jetzt den Projektierungskredit, können die notwendigen Erweiterungen der bestehenden Schulanlagen sowie die Neubauten bis zum Schulbeginn 2025 realisiert werden, also mehr oder weniger kurz bevor der Investitionspeak 2025 ansteht. Lehnen wir nun einen weiteren Projektierungskredit ab, lösen wir das Problem nicht. Wir blockieren wichtige Investitionen, die so oder so getätigt werden müssen und die im Moment noch finanziert werden könnten. Schieben wir alles nach hinten, kommt es zu einem Investitionsstau, und das macht die Sache nicht wirklich besser, mit oder ohne echte Priorisierung. Vor allem macht es das Ganze nicht finanzierbarer, und die oft erwähnte Bugwelle wird immer noch höher.

Die Investitionen sind unabdingbar; Kornelia Hässig hat es bereits erwähnt. Vor 40 Jahren wurde das damalige Seminar zum letzten Mal umgebaut und für 10 Schulklassen konzipiert. Heute umfasst es 21 Klassen – wir haben es schon gehört –, die zum Teil in Provisorien und «Providurien»

unterrichtet werden. Man verzichtete in den Provisorien absichtlich auf teure Infrastrukturen wie Labore und Experimentierbereiche. Dies führt jetzt und schon seit Längerem zu den knappen Raumverhältnissen, insbesondere in den Fächern Chemie, Physik und Biologie. Ebenso besteht bei der Sporthalle und der Öl-Heizung ein wirklich dringender Sanierungs- und Erweiterungsbedarf. Ich bin klar der Meinung, dass wir diesen Kredit *nicht* zurückweisen dürfen. Die Finanzierung wird nicht einfacher; die Schüler müssen noch länger in Containern und «Providurien» die Schulbank drücken. Die Traglufthalle, die seit ein paar Jahren besteht, ist aus meiner Sicht ökologisch sehr bedenklich. Unter diesen Umständen – und weil es jetzt schon blinkt –, weil die Investitionen *wirklich* nötig sind und weil wir mit der Rückweisung, was die Finanzierung betrifft, nur noch in eine dümmere Lage geraten, bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag der BaK nicht zuzustimmen, dafür aber dem Projektierungskredit.

Christian Bachmann, Nidau (SP). Ich möchte zum Projekt nichts sagen, denn es wurde genügend ausgeführt, worum es geht. Aber es darf nicht sein, dass das Projekt Hofwil nun einer Debatte über die Finanzplanung geopfert oder zurückgestellt wird. Wenn das Projekt den Strassenbau beträfe, ein paar Jahre früher oder später – gut, dies spielt möglicherweise nicht die entscheidende Rolle. Hier geht es aber um eine Schule, es geht um eine notwendige Infrastruktur, um eine Infrastruktur, die nicht einfach nur Hofwil, sondern Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer aus der ganzen Schweiz betrifft. Wir haben dort ein Förderprojekt, weswegen Sportler, Musiker und Kulturschaffende aus der ganzen Schweiz nach Hofwil kommen und dort geschult werden. Zurückzuhalten wegen des Kräftemessens zwischen der Kommission und der Regierung, dies ist der falsche Ort. Ich bitte Sie, hier kein Exempel zu statuieren, sondern den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Das Votum von Christian Bachmann hat meine Emotionen wieder etwas beruhigt. Ich hatte mich während dieser Debatte ziemlich aufgeregt, weil ich dachte, dass wir mit der Verschiebung des Geschäfts von der letzten in die heutige Session etwa zwei Monate Zeit hätten, etwas klüger zu werden. Aber dies scheint noch nicht weit herum geschehen zu sein. Ich muss keine Interessenbindungen offenlegen, sondern vielleicht die Gründe für meine Emotionen darlegen. Mein Herz schlägt für die Bildung, und ich habe das Gefühl, Bildungsanliegen seien in dieser Debatte und in diesem Geschäft zu kurz gekommen, obwohl sie Priorität verdienen. Ich befürchte, sie werden auch nächste Woche zu kurz kommen. Mein Herz schlägt aber auch für das Gymnasium Hofwil. Ich muss offenlegen, dass unsere beiden Kinder dieses Gymnasium besuchten. Es ist ein super Gymnasium, das nun schon seit Jahren mit Provisorien leben muss und dem man seit Jahren versprochen hat, dass die Provisorien abgelöst werden. In diesem Versprechen stehen wir nun: 2017 bewilligten wir hier drin ohne Gegenstimme nochmals Provisorien. Bei dieser Gelegenheit wurde dieser Projektierungskredit schon angekündigt, ein klarer Zeitplan wurde angekündigt, und es wurde damals kein Wort, kein Wort zu diesem Kredit gesprochen, da es völlig unbestritten war, dass dies der Weg ist, den wir gehen müssen.

Dieses Projekt ist weit fortgeschritten, der Architekturwettbewerb läuft, der Vergleich mit dem SVSA hinkt auch aus diesem Grund. Er hinkt auch noch aus anderen Gründen: Ich bin mit Daniel Trüssel einverstanden, dass es das SVSA heutzutage im Zeitalter der Digitalisierung vielleicht gar nicht mehr braucht. Aber ich bin nicht einverstanden mit der Frage, die er gestellt hat, weshalb es bei diesem Gymnasium, beim «Höfu», mehr eile als bei anderen Gymnasien. Eben darum: Weil wir hier schon weit fortgeschritten sind und weil es an der Zeit ist, die Provisorien zeitgerecht abzulösen. Und, das füge ich auch noch bei, das ist vielleicht eine Wiederholung: Der «Höfu» ist ein besonderes Gymnasium, es wurde angesprochen. Dort wird Talentförderung für Schülerinnen und Schüler aus dem ganzen Kanton angeboten. Es ist das einzige Gymnasium mit einem Internat; dies müssten sich alle hier drin zu Herzen nehmen. Denn Schülerinnen und Schüler aus Regionen, zum Beispiel aus dem Oberland, sind manchmal froh, das Gymnasium besuchen und im Internat des «Höfu» wohnen zu können. Dies müssen Sie sich zu Herzen nehmen! Ich sage dasselbe, das bereits gesagt wurde: Es geht einfach nicht an, dass man jetzt auf dem Buckel der Schülerinnen und Schüler ein Exempel statuiert, weil die Regierung, wie es hiess, finanzpolitisch ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben soll. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Deshalb bitte ich Sie jetzt, diesem Kredit zuzustimmen.

Präsident. Bevor sich nun all jene melden, die sich betroffen fühlen, weil sie angeblich nicht klüger geworden sind: Ich schliesse die Rednerliste in 20 Sekunden. Als Nächste, Ursula Marti, SP, als Einzelsprecherin.

Ursula Marti, Bern (SP). Da habe ich noch Glück gehabt! Wir haben dieses Geschäft auch in der FiKo angeschaut. Deshalb möchte ich noch ein paar Worte dazu sagen. Anfang Jahr wiesen den Kredit für das Verkehrsprüfzentrum zurück, auch mit dem Hinweis, die Regierung solle nun eine Planung und eine Priorisierung vorlegen, aber längst nicht nur deswegen. Es stellten sich noch ganz andere Fragen und Unklarheiten. Bruno Vanoni hat dies vorhin erwähnt. Es ist so, dass wir kein Moratorium verhängt haben, wir haben einfach dieses Geschäft zurückgewiesen, haben aber kein allgemeines Moratorium für Bauvorhaben beschlossen. Es gibt auch einen grossen Unterschied: Es geht hier um den Unterhalt, um den Umbau und um eine Erweiterung bestehender Bauten, nicht um einen Neubau. Es wäre gerade in diesem Fall und generell bei Schulanlagen fatal, wenn wir dort einen Investitionsstau hätten, weil wir all diese Vorhaben nicht ausführen würden, jetzt, wo die Zeit gekommen ist, jetzt, wo die Planung fortgeschritten ist und man Zeit hat. Dies wäre fatal. Es stehen verschiedene Bau- und Sanierungsvorhaben an, wir haben es gehört. Man kann nun nicht warten, bis alles nebeneinandersteht und dann loslegen. Dies geschieht nacheinander. Die Ressourcen sind immer da für einen weiteren Bau. Wenn wir jetzt nicht mit diesem Projekt beginnen, werden wir immer bei all den wichtigen Bauvorhaben und den ganzen Gymnasien im Kanton im Verzug sein. Deshalb bitte ich Sie, diesem Kredit zuzustimmen, beziehungsweise den Rückweisungsantrag nicht anzunehmen.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Ich gehöre auch zu jenen, die das Glück hatten, in einer Mittelschule klüger geworden zu sein. Deshalb sage ich an dieser Stelle gleichwohl etwas. Ich spreche nicht nur in meinem Namen, sondern vor allem im Namen von Daniel Wildhaber, der nicht hier sein kann. Wir sind beide der gleichen Meinung und arbeiten beide quasi an einer Zubringerschule unserer Gymnasien, somit auch am Gymnasium Hofwil. Wir sind beide klar für dieses Bauprojekt und damit gegen den Antrag der BaK. Weshalb? – Annegret Hebeisen hat die Notwendigkeit der anstehenden Sanierungen bereits deutlich dargelegt. Da kann ich mich kurzhalten. Eine Verzögerung würde die Realisierung der Sanierung in jene Jahre verschieben, in denen wir im Kanton sowieso eine Not haben. Es gibt am Gymnasium Hofwil im Moment Provisorien, welche dringend darauf angewiesen sind, dass sie saniert werden. Wenn wir die Sanierung jetzt richtigmachen, so kommt diese billiger zu stehen, als wenn beispielsweise die aufblasbare Turnhalle nochmals ersetzt werden muss, weil die neue noch nicht gebaut wurde.

Die Unterrichtsqualität hat Annegret Hebeisen auch bereits angetönt: Vor allem sind die MINT-Räume in einem misslichen Zustand, die Praktikaräume fehlen, und die Sporthalle habe ich schon erwähnt. Der Mehrbedarf an Schulraum in der Agglomeration Bern ist, wie es Marianne Dumermuth in ihrer Einführung gesagt hat, klar unbestritten. Ein moderater Ausbau von Hofwil könnte da einen Beitrag leisten, der leicht demografische Rückgang in der Agglomeration ebenfalls. In den vergangenen Jahren konnte man der ganzen Agglomeration den Notunterricht noch an den Mittelschulen sicherstellen. Man stellte Unterrichtsgefässe zurück oder schaffte sie ab, um einen normalen Unterricht zu ermöglichen. Die Realisierung von Hofwil könnte dort schon eine erste, einfache und rasche Abhilfe schaffen. Deswegen mein Fazit: Stimmen Sie für dieses Bauprojekt und lehnen Sie den Antrag der BaK ab. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und für die wertvolle Zeit!

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Einleitend möchte ich als FiKo-Mitglied etwas sagen: Sie haben gehört, dass die FiKo der BaK zu diesem Geschäft einen Mitbericht abgegeben hat. Die BaK handelte auf unserer Empfehlung hin. Seither tauchten Zahlen auf, und es geschahen Dinge. Die Mehrheit der FiKo hat im Sinn, nächste Woche nicht auf diesen Fonds einzutreten. Dies ist einer der Gründe, weshalb ein Teil der FiKo-Mitglieder es nun punkto Hofwil anders sieht. Es geht in keiner Art und Weise darum, der BaK in den Rücken zu fallen. Leider sehen für uns ein paar Fakten nun anders aus. Für mich geht es dabei um eine Gesamtverantwortung des Regierungsrates. Der nun hier anwesende Regierungsrat Christoph Neuhaus badet eigentlich lediglich aus. Die Gesamtverantwortung trägt für mich ganz klar die FIN. Ich kann Ihnen die Zahlen hier kurz wiedergeben, die uns – oder jedenfalls mich persönlich – dazu bewogen haben, zu sagen: «Nein, so wie die Zahlen jetzt vorliegen, ist klar, dass wir jenen Projekten, die wir wollen, nun Vorschub leisten müssen.» Der Artikel, welcher in der «Berner Zeitung (BZ)» erschienen ist, in dem gesagt wird, wie katastrophal die Gymnasien überall dastehen ... Wenn ich den Prozess im Kanton anschau, so muss ich sagen, dass normalerweise die Direktion bestellt. Es ist nicht einmal die BVE verantwortlich, sondern die ERZ hat vermutlich nicht oder zu spät reagiert. Dass man nicht ausgeschöpft hat, dafür ist vielleicht teilweise die BVE, aber nicht der jetzige Regierungsrat verantwortlich, sondern natürlich die Gesamregierung.

Welche Zahlen sind dies? –Voranschlag 2018: Ich erinnere Sie daran, es wurde uns immer gesagt. Vor Jahren kürzten wir bereits einmal, weil die Gelder schon damals nicht gebraucht wurden. Deswegen kürzten wir. Im Voranschlag stellten wir 469 Mio. Franken ein. Rechnung 2018, nächste Woche: 386 Mio. Franken haben wir gebraucht. 386 Mio. Franken! Nun soll noch jemand sagen, Schuld an diesem Investitionsstau trage dieser Grossen Rat. Rechnung 2019: Ich wage gar nicht daran zu denken, wie die Investitionen dort eventuell herauskommen. Ich habe entsprechende Fragen punkto Controlling für die ganze Budgetgeschichte eingegeben. Budget 2020: Auf Initiative einiger Mitglieder des Grossen Rates erteilten wir der Regierung den Auftrag, 500 Mio. Franken einzustellen. Wenn Sie die Budgetzahlen anschauen, sehen Sie, dass die Regierung es nicht geschafft hat, die 500 Mio. Franken im Budget einzustellen. Nicht geschafft! Also: Ich glaube, dass dies die Begründung ist. Wir sehen natürlich diese Spitze, das ist klar. Persönlich bin ich der Meinung, es brauche diesen Fonds nicht. Deshalb ist für mich die Situation nun anders bei den Geschäften, die klar und unbestritten sind. Wie gesagt: 130 Mio. Franken, die nicht eingesetzt wurden, dies ist nur eine Katastrophe. Danke für die Aufmerksamkeit.

Michael Köpfli, Wohlen b. Bern (glp). Bruno Vanoni hat mich jetzt noch nach vorne gelockt. Ja, Bruno Vanoni, Investitionen in die Bildung sind wichtig, Investitionen in diese Projekte sind wichtig, und diese liegen in unserer Kompetenz. Aber es kann doch nicht sein, dass die FIN einerseits die Priorisierung, die wir schon lange fordern, einfach nicht liefert, und andererseits an einem Fonds festhält – dogmatisch festhält –, obwohl es Alternativen gibt. Ich möchte daran erinnern: Die FiKo sagte schon im Bericht 2018 zum Voranschlag – dieser ist öffentlich –, sie vermisse Alternativen, zum Beispiel eine Anpassung der Schuldenbremse, die verfassungskonform ist, weil dort eine Arbeitsverweigerung stattfindet, wodurch wir nun genötigt werden, einem Fonds und Krediten zuzustimmen, ohne dass eine Priorisierung stattfindet. Dies kann doch nicht das Wesen eines Parlaments sein! Schlussendlich ist dies Erpressung, und das ist für mich nicht akzeptabel. Vielleicht muss man der Finanzdirektorin wieder einmal klar sagen, was der Unterschied zwischen Exekutive und Legislative ist. Wir sind die Legislative, wie machen die Gesetze, und wir sind auch das budgetkompetente Organ.

Und bereits auf nächste Woche bezogen: Wenn wir sagen, wir wollen den Campus Burgdorf, wir wollen den Campus Bern, und wir wollen die Projekte rund um den Gesundheitsstandort Bern, dann kann sie nicht einfach sagen: «Das alles gibt es nicht, wenn Sie meinem Fonds nicht zustimmen!». Das ist nicht möglich. Es gibt Alternativen, und sie muss diese umsetzen, wenn wir sie hier beschliessen. Ich glaube, dass es heute und vor allem nächste Woche entscheidend ist, dass wir uns nicht einfach erpressen lassen, wenn es heisst: «Wenn Sie unsere Lösungen nicht annehmen, gibt es keine Investitionen mehr in die Bildung und keine Investitionen mehr in den Gesundheitsstandort Bern.». Das ist es, was im Moment stattfindet, und dem müssen wir uns, wie ich finde, klar entgegenstellen. Denn sonst verlieren wir als Parlament unsere Funktion und unseren Einfluss.

Präsident. Wünscht der Antragsteller noch einmal das Wort? – Dies ist nicht der Fall. Ich gebe Regierungsrat Neuhaus das Wort.

Christoph Neuhaus, Bau-, Verkehrs- und Energiedirektor. Dieser Kreditantrag wurde, wie es gesagt wurde, von Juni 2019 auf heute in die Session verschoben. Das Projekt zur Sanierung einerseits und zur Erweiterung des Gymnasiums Hofwil andererseits ist, so glaube ich es einschätzen zu können, bei den allermeisten von Ihnen unbestritten. Wie ich aber auch gehört habe, sind die Vorbehalte zur Finanzierung des Projekts gross, vor allem im Zusammenhang mit der geforderten Priorisierung der Nettoinvestitionen. Aus diesem Grund stellte die BaK – dies ist für mich halbwegs nachvollziehbar – einen Rückweisungsantrag. Die Kommission verlangt vom Regierungsrat, dass wir die Finanzierbarkeit dieses Geschäfts aufzeigen. Ich habe es gesagt, ich verstehe dies, und es ist wichtig, dass Sie kritische Fragen zur Finanzierung von Grossprojekten stellen. Wir haben diverse in der Pipeline. Eine Prioritätensetzung bei den Investitionen ist legitim, nötig, wichtig und richtig, und sie wird voraussichtlich zwangsweise erfolgen müssen. Ab dem Jahr 2025 ist die finanzpolitische Herausforderung vor allem investitionsseitig riesig. Trotzdem trete ich gegen diesen Rückweisungsantrag der BaK an. Ich lehne ihn als Baudirektor und als Wirtschaftler ganz klar ab, weil er unnötig, weil er finanzpolitisch falsch ist, und weil er gravierende Auswirkungen auf die Gymnasien hat.

Glauben Sie mir: Dieses Vorhaben kann vor den kritischen Jahren, die Mitte der 2020er-Jahre anstehen, weitgehend finanziert werden. Das Projekt ist denn auch nicht von der Eventualplanung

betroffen; dies muss man sehen. Wenn ich dies zu bedenken geben darf: Es ist somit auch nicht von Ihrem Entscheid zum Fonds für strategische Investitionsvorhaben abhängig, über den Sie nächste Woche entscheiden werden. Der «Höfu» kann weitgehend vor dieser Investitionsspitze saniert und erweitert werden, und deswegen bitte ich Sie: Lehnen Sie den Rückweisungsantrag ab! Das Gymnasium Hofwil hat akute Platznot; das wurde gesagt. Es wurde einst für 11 Klassen gebaut, heute sind es 21 Klassen. Die Anpassung der Gebäude datiert von Anfang der 1980er-Jahre. Die Bewilligungen für die Provisorien laufen aus, diese halten nicht ewig. Bald sind sie mehr «Provisorien» als Provisorien. Die Sanierung kann man immer noch etwas hinausschieben, aber sie ist unumgänglich. Wenn man jetzt das Ganze ablehnt und weiter verzögert, wird diese Situation in den schwierigen Jahren von Ihnen noch schwieriger gemacht. Wenn Sie dies nun ablehnen und verschieben, werden wir in den nächsten Monaten weniger zu tun haben. Aber irgendeinmal stünde es an, und dann würden wir «blätelerle», wie dies ein Vorredner gesagt hat.

«Verunsichern Sie mich nicht mit Fakten, ich habe meine Meinung bereits gemacht!», könnte man sagen. Trotzdem muss ich Ihnen ein paar Fakten mitgeben. Fakt ist, geschätzte Anwesende: Es kann doch nicht sein, dass wir einen Investitionsstopp machen, und dies in einer Zeit, in der wir grundsätzlich noch genügend Mittel für geplante Sanierungen haben. Diese Gebäude sind da, und sie müssen unterhalten werden. Fakt: Jede weitere Verzögerung führt zu weiteren Problemen im Schulbetrieb. Die Turnhalle wird aufgepumpt, und es ist nicht sehr angenehm, dort zu turnen, vom Unterrichten zu schweigen. Bei Verzögerungen müssen wir je nachdem wieder für Alternativen sorgen. Eine «Bride Renovation» reicht eben nicht mehr, eine solche würde wiederum kosten. Wenn wir dringend notwendige Sanierungen aufschieben, führt dies bei einer späteren Instandsetzung zu entsprechenden Mehrkosten, und dann muss ich mir hier wieder den Kopf waschen lassen.

Fakt ist – und da bitte ich Sie, wirklich den Projektierungskredit zu beachten –, dass es um die Projektierung geht. Selbstverständlich ist dies ein wichtiger Vorentscheid, selbstverständlich löst dieser entsprechende Kosten aus, aber nicht mittelbar, sondern unmittelbar. Sie bleiben frei und können später über eine definitive Realisierung entscheiden.

Dem Eventualantrag von Grossrat Sommer, für den ich dankbar bin, kann ich aus Sicht des Regierungsrates aus diesem Grund zustimmen. Grossrat Sommer will dieses Geschäft ja mit der Auflage durchbringen, es seien Kosteneinsparungen bezüglich Standards und Vorgaben zu suchen. Wir sollen schauen, ob diese Bestellung der ERZ nur zwingend Notwendiges betrifft, ob es sich eben um Bedarf und nicht um Bedürfnisse handelt. Man hat zwar nachvollziehbare, aber rechtlich nicht zwingende Wünsche darin verpackt. Genau diese Abklärungen können wir mit der Projektierung machen. In der Projektierungsphase geht es genau darum, was im Detail realisiert werden kann, und wie genau. Die Bestellung wird auf Herz und Nieren geprüft, Unnötiges aus dem Programm gestrichen. Dafür braucht es eine Planung und eine genauere Abklärung. Denken Sie daran: Wir haben noch kein konkretes Projekt. Deshalb ist es eine grobe Schätzung zu den Realisierungskosten mit einer grossen Ungenauigkeit. Dieser Ausführungskredit hilft uns, Antworten zu erhalten, wichtige Antworten zur Bestellung, aber ebenso zu den Herausforderungen der gesamtkantonalen Investitionsplanung.

Es steht im Raum, weshalb der Neuhaus sich so für das Gymnasium «Höfu» einsetzt, aber nicht für das SVSA. Um auch hier transparent zu sein: Wir haben zuhause ein Auto eingelöst, einen Pferdeanhänger – auch für Schafe oder Möbel zu gebrauchen (*Heiterkeit / Hilarité*) –, ich habe kein Schiff, weder mit Motor noch mit Ruder, ich habe keine Nummer an solch einem Wassergefährd. Um transparent zu sein: Ich war bis ins Jahr 2000 Handelslehrer. Ich wurde im Jahr 2000 vom Rektor mit den Worten verabschiedet: «Es tut mir leid, nun verpasst du gerade die Renovation.» Wir befinden uns jetzt knapp zwanzig Jahre später hier drinnen, und ich habe langsam Angst, die Renovation definitiv zu verpassen, nicht als Lehrer, sondern als Regierungsrat!

Wir haben das SVSA, wir haben mehrere Gymnasien. Der «Höfu» ist ein Gymnasium in der Reihe mehrerer Gymnasien. Wir haben einen Vorstoss kassiert, nun endlich dieses Gymnasium in Langenthal zu sanieren. Letzte Woche war ich im Seefeld in Thun: Dort geht es um Sanierungs- und Erweiterungsbauten. Das gilt auch für das Gymnasium Neufeld. Wie gesagt unterrichtete ich einmal dort. Vor fast zwei Jahrzehnten wurde 2003 oder 2004 die Quarta angegliedert, weil Sie dies hier drinnen beschlossen hatten. Die Maturaanerkennungsquote ist auf fast 20 Prozent gestiegen, und sie ist konstant. Der Bedarf wird bleiben. Ich bin einer, der noch eine Maturaanerkennungsquote von fast 5 Prozent hatte. Ich besuchte das Gymnasium ausserkantonale, nämlich die «Kanti» Solothurn. Darum bin ich hier wahrscheinlich nicht befangen. Ich besitze weder Aktien am «Höfu», noch schlägt mein Herz besonders fürs Neufeld. Ich habe auch an den Gymnasien Köniz und Kirchenfeld unterrichtet. Dort könnte man sicher auch noch etwas renovieren.

Vor diesem Hintergrund ist klar: Wir haben einen Mehrbedarf, dieser ist ausgewiesen und dieser bleibt. Vonseiten BVE und AGG wollen wir Gymnasium für Gymnasium sanieren, nicht alles auf einmal. Dies schaffen wir auch nicht. Dann können meine Leute konstant arbeiten und Erfahrungen machen. Ansonsten müssen wir es in Auftrag geben, und wenn Sie Leute anmieten, sind diese ganz klar viel teurer. Als Baudirektor appelliere ich daher überzeugt an Ihre politische Verantwortung gegenüber der Schule, dem Lehrpersonal, den Schülerinnen und Schülern, gegenüber der Bildung. Die Wahlen finden am 20. Oktober statt. Wir treten ein für das Gewerbe, wir treten ein für die Wirtschaft. Tun Sie dies! Machen wir den «Höfu» nicht zum Spielball der Politik. Nehmen Sie den «Höfu» nicht in Sippenhaft, weil Sie verärgert sind über den Kanton Bern im Allgemeinen und über den Regierungsrat im Speziellen, da die Priorisierung nicht so ist, wie Sie sich diese vorstellen. Danke, wenn Sie diesem Projektierungskredit zustimmen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über diesen Rückweisungsantrag BaK. Wer den Rückweisungsantrag annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.BVE.113; Antrag BaK [Klauser, Bern]; Rückweisung mit Auflage)
Vote (Affaire 2019.BVE.113 ; proposition de la CIAT [Klauser, Berne] ; renvoi avec charge)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 23

Nein / Non 125

Enthalten / Abstentions 5

Präsident. Sie haben den Rückweisungsantrag abgelehnt, mit 125 Nein- gegen 23 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Antrag FDP (Sommer, Wynigen)

Eventualantrag, sofern das Geschäft nicht zurückgewiesen wird:

Der Verpflichtungskredit ist mit folgender Auflage zu ergänzen:

Der Regierungsrat wird beauftragt, Kosteneinsparungen hinsichtlich Standards, Anforderungen und Projektumfang zu überprüfen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welche Vorgaben seitens der Bestellerin (ERZ) zwingend sind, auf welcher Rechtsgrundlage diese beruhen und ob diese auch in anderen Kantonen zur Anwendung kommen.

Proposition PLR (Sommer, Wynigen)

Proposition subsidiaire, si l'objet n'est pas renvoyé :

Le crédit d'engagement doit être complété de la manière suivante :

Le Conseil-exécutif est chargé d'examiner des économies de coûts en ce qui concerne les normes, les exigences et la taille du projet. Il s'agira en particulier de présenter les prescriptions obligatoires de la commanditaire (INS) et les bases légales sur lesquelles elles se fondent et de déterminer si elles sont également appliquées dans d'autres cantons.

Präsident. Somit kommen wir zum bereits oft erwähnten und zitierten Antrag FDP/Sommer. Ich möchte Grossrat Sommer bitten, sich rasch einzuloggen, damit er diesen definitiv vorstellen kann. Das andere aber verkürzt sich hoffentlich ein bisschen. (*Heiterkeit / Hilarité*) Ich gebe Peter Sommer das Wort.

Peter Sommer, Wynigen (FDP). Dieser Eventualantrag wurde nun schon vielfach erwähnt. Worum geht es uns damit? – Wir wollen nochmals bezüglich Kosten wissen, wo allenfalls Standards oder Anforderungen, oder bezüglich Standards und Anforderungen, noch Kosten eingespart werden können. Eigentlich hat mir die vorangehende Diskussion gezeigt, dass dieser Antrag richtig ist. Jedes Mal, wenn wir hier über Infrastrukturbauten, insbesondere über den Strassenbau, diskutieren, kommt sofort das Thema Standards auf, die Strassen seien zu teuer, zu luxuriös et cetera. Wenn es hingegen um Bildungsprojekte geht, scheint dieses Thema tabu zu sein. Wir wollen nicht Baustandards als solche hinterfragen; es geht uns also nicht darum, zu hinterfragen, ob ein Minergie-Standard

angebracht ist oder ob man einheimisches Holz verwenden soll, denn dies alles ist klar geregelt, da hat der Kanton klare Vorgaben. Es geht uns lediglich um die Wünsche der Bestellerin, also der ERZ, dahingehend was wünschbar, was machbar, was notwendig, was «nice to have» ist. In den vergangenen Jahren explodierten die Kosten im Bildungsbereich. Dafür gibt es verschiedene Gründe; nach unserem Dafürhalten ist einer davon, dass die Anforderungen an die Infrastruktur ständig gestiegen sind. Uns fehlt auch der Vergleich mit anderen Kantonen. Wir möchten gerne einen Benchmark, mit dem man sieht, was wirklich Sache ist, was wirklich nötig ist in den Schulräumen, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Letztendlich ist es ein gewisses Misstrauen wegen der Kostensteigerung von ursprünglich 40 Mio. auf 60 Mio. Franken vorhanden; es wurde auch gesagt. Diese wurde mit dem aufgestauten Unterhaltsbedarf begründet. Diesen können wir nur zum Teil nachvollziehen. Deshalb nochmals: Wir wollen, dass wir uns dieser Kosten annehmen und sie nochmals bezüglich Standards und Anforderungen überprüfen. Ich bitte Sie, diesen Eventualantrag zu unterstützen.

Präsident. Wir kommen zu den ... Entschuldigen Sie, sind Sie Fraktionssprechende oder Kommissionssprecherin? – Sie machen beides, okay. Für die BaK und die Fraktion: Marianne Dumermuth.

Marianne Dumermuth, Thun (SP), Kommissionssprecherin der BaK. Ich möchte Ihnen ganz kurz mitteilen, was die BaK dazu gesagt hat. Die BaK hat den Rückweisungsantrag – es ist ein Eventualantrag, kein Rückweisungsantrag – mit 9 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen, und zwar, wie Peter Sommer gerade erläutert hat, weil sie der Meinung ist, bei den Standards könnte noch genauer hingesehen werden. Die BaK hat auch den Eindruck, dass sie noch mehr Wissen braucht, um die Vorgaben und die Geschäfte jeweils beurteilen zu können. Deswegen möchte ich Sie im Namen der BaK bitten, diesem Eventualantrag zuzustimmen.

Ich hänge auch noch gleich die SP-Meinung an: Diese deckt sich *nicht* mit der BaK-Meinung, und zwar haben wir jetzt den Eindruck, man habe das Geschäft sehr gut angeschaut. Wir konnten viele Fragen stellen, das AGG war da und erklärte uns ausführlich, wie dies zustande kommt. Wir wissen aber, dass es zwischen dem Besteller und den Ausführenden manchmal unterschiedliche Meinungen gibt. Wir als SP haben den Eindruck, es mache keinen Sinn, hier wieder ein Exempel zu statuieren, schon nur deshalb nicht, weil das Ganze im Architekturwettbewerb läuft und es im Programm bereits umschrieben war. Also: Einerseits bitte ich Sie als BaK-Sprecherin, zuzustimmen und andererseits als SP-Sprecherin abzulehnen.

Präsident. Dies war ein klassischer Spagat. (*Heiterkeit / Hilarité*) Wir kommen zum Sprecher der EVP, zu Martin Aeschlimann, der nun sein restliches Votum halten kann.

Martin Aeschlimann, Burgdorf (EVP). Der Antrag ist vor dem Hintergrund der Finanzdiskussion der sich abzeichnenden Investitionsspitze irgendwie verständlich. Es wäre eine nachvollziehbare Option, Projekte nicht nur zu canceln oder aufzuschieben, wie es die Regierung nun vorschlägt, sondern auch zu prüfen, ob noch Luft herausgelassen werden könnte. Im Grundsatz würden wir uns dieser Forderung nicht verwehren, und ich denke, wir hätten sicher auch Ideen, welche Projekte durchaus noch Luft hätten; dies in Klammer. Jedoch lehnen wir diese Forderung in exemplarischer Form auch hier zu diesem Projekt wieder ab.

Der Abänderungsantrag ist hier aus unserer Sicht zur falschen Zeit am falschen Ort. Der Antrag insinuiert nämlich, dass zu viel bestellt wurde, dass die Standards über dem Durchschnitt der Kantone liegen, und dass Kosteneinsparungen noch möglich wären. Wir hörten es von der Referentin: Das Projekt wurde von der BaK sorgfältig geprüft und war inhaltlich nicht bestritten. Es ist nun auch der falsche Zeitpunkt, die Überprüfung zu fordern, denn der Architekturwettbewerb – dies können Sie nachschauen – ist in diesen Tagen gestartet. Die ganzen Unterlagen wurden verschickt, die Modelle wurden abgeholt, dies läuft nun. Wer schon jemals an einem Architekturwettbewerb teilgenommen hat, weiss, dass im Wettbewerbsprogramm Raumprogramme und Standards ziemlich verbindlich definiert sind. Sie würden nun also eine ganze Meute von Fachleuten laufen lassen, im Wissen darum, dass Sie nochmals daran herumschrauben wollen. Angesichts der steigenden Baustandards fänden wir es auch nicht opportun – und dies haben wir in der Fraktion diskutiert –, den Baustandard der Kantonsbauten unüberlegt auf einen Baumarkt mit «Billigstbauweise» – ich sage es nun ganz provokativ – herunterzufahren. Dies könnte diese Forderung nämlich auch bedeuten. Auf längere Sicht betrachtet wäre dies nicht nachhaltig und auch nicht ökologisch. Dazu könnte ich Ihnen ein paar Beispiele geben.

Zudem hat der Kanton auch bezüglich Baukultur und Ästhetik – und das ist mir wichtig – eine Vorbildfunktion, die er nicht einfach aufgeben sollte. Denken Sie daran, wenn Sie das nächste Mal in irgendeiner Stadt an einem ruhigen Platz sitzen, schöne Altbauten sehen und mittendrin ein Neubau steht, und Sie denken: «Ja, dies hat funktioniert, dies ist gut herausgekommen». Sie fühlen sich wohl, Sie trinken einen Kaffee. Überlegen sich, wie es auf Sie wirken würde, wenn dort irgendeine Baracke hingefallen wäre. Dies ist also eine wichtige Funktion, die der Kanton weiterhin wahrnehmen sollte. Natürlich sollten die Standards für die Raumprogramme – und darin bin ich mit der FDP einig – entsprechend ihrer Funktion laufend überprüft werden. Das machen das AGG und die BVE auch, dies sagen sie immer wieder. Sie haben zum Teil aber auch, gerade was dieses Büro betrifft, in Raumprogrammen noch Nachholbedarf. Jedoch sollte eine solche Überprüfung – und dies ist mir wichtig – nicht mit diesem Projekt gestartet werden, sondern seriös auf strategischer Ebene für alle Projekte gründlich erarbeitet werden. Bedenken Sie auch – und dies möchte ich auch noch einfügen –, dass der steigende Infrastrukturbedarf ebenfalls viel mit politisch geforderten und gewollten Entwicklungen zu tun hat, beispielsweise in der Bildung mit dem Lehrplan 21, im Gesundheitswesen mit der Medizinalstandortstrategie des Kantons. Ich wiederhole nochmals: Die EVP-Fraktion will sicher nicht in der Bildungsinfrastruktur, wie es gefordert wurde, schon präventiv Standards senken, während andere Projekte – vor allem Strassenbauprojekte – unbeirrt ihre Projektwege weiterbeschreiten können.

Präsident. Bevor wir zu Lars Guggisberg kommen, begrüsse ich noch kurz eine Klasse des Gymnasiums Thun. Sie sind auf Einladung von Ursula Zybach hier, im Rahmen eines Primakurses Politik des Gymnasiums Thun, mit den zwei Lehrern Emanuel Maurer und Ivo Haag. Ich begrüsse Sie ganz herzlich hier und hoffe, Sie erhalten einen entsprechend interessanten Einblick in die kantonale Politik. Herzlich willkommen! (*Applaus / Applaudissements*)
Jetzt gebe ich Lars Guggisberg für die SVP das Wort.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Ich kann es vorwegnehmen: Dieser Antrag rennt bei der SVP-Fraktion offene Türen ein. Ich möchte hier nochmals darauf hinweisen, was für ein Antrag es konkret ist: Es ist nämlich eben *kein* Rückweisungsantrag, wie Marianne Dumermuth vorhin fälschlicherweise gesagt hat. Es ist ein Abänderungsantrag, und eigentlich ist es eine Auflage, die man bei den Projektierungsarbeiten berücksichtigen muss. Es gibt somit keine zusätzliche Verzögerung, sondern im Rahmen der Arbeiten, die man sowieso an die Hand nehmen muss, ist einfach zu berücksichtigen, was in der Auflage steht.

Auch wir machten ob der Kostensteigerung von der ersten zur zweiten Schätzung grosse Augen. Darum finden wir es absolut richtig und legitim, dass man hier nochmals genauer hinschaut, dass man die Standards nochmals überprüft, ebenso den Projektumfang, und dass man seitens der ERZ auch klar dargelegt, was wirklich zwingend ist und was nicht. Zusammenfassend: Die SVP unterstützt diesen Abänderungsantrag deshalb einstimmig.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Auch die glp wird diesen Abänderungsantrag unterstützen. Wir waren zuerst schon skeptisch, als wir lasen: «Kosteneinsparungen hinsichtlich Standards, Anforderungen und Projektumfang». Gerade in Bezug auf die Standards bin ich nicht der Meinung, dass wir dort eine grosse Manövriermasse haben. Der Kanton hat genaue Angaben in Bezug auf den Baustandard. Als privater Bauherr kann ich – wenn ich es mir das Bauen gerade nicht leisten kann – auch nicht sagen: «Dann einfach ein bisschen weniger, als im Energiegesetz steht». Dies kann der Kanton auch nicht tun. Gerade der Nachsatz: «Insbesondere soll aufgezeigt werden, [...]», und so weiter und so fort; diese Schnittstelle zur Bestellerin ... Wir haben dies in der BaK schon verschiedentlich kritisiert; wir sehen dort einen sehr grossen Aufholbedarf. Die ERZ kann irgendetwas bestellen, und eigentlich setzt es die Baudirektion um. Bei diesen Kontrollmechanismen sollte man einmal genauer hinsehen, vor allem wenn wir sehen, welche Menge an Schulprojekten noch auf uns zukommt. Es ist sicher sinnvoll, dies in diesem Zusammenhang anzuschauen, selbst wenn der Wettbewerb bereits gelaufen ist. Der Zeitpunkt ist ja immer falsch, wenn man in ein laufendes Projekt eingreift. Da wir es aber nun so machen wollen, würde ich doch beliebt machen, dass Sie den Antrag FDP/Sommer unterstützen.

Kilian Baumann, Suberg (Grüne). Der Eventualantrag FDP/Sommer wird von unserer Fraktion mehrheitlich nicht unterstützt. Wir sind der Meinung, dass solche Forderungen nicht beim einzelnen Objekt eingebracht werden, sondern wenn überhaupt eher bezogen auf sämtliche Bauprojekte im

Kanton Bern. In Anbetracht der Höhe dieses Kredits finden einzelne aus unserer Fraktion aber auch, dass eine solche Überprüfung durchaus gemacht werden könnte, insbesondere auch, weil gewisse Zweifel nicht ausgeräumt werden konnten, ob einzelne Vorhaben dieses Projekts wirklich so teuer realisiert werden müssen. Es gibt in unserer Fraktion also unterschiedliche Haltungen. Mehrheitlich sind wir dagegen. Dem Projektierungskredit werden wir jedoch einstimmig zustimmen.

Präsident. Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr. Der Regierungsrat hat in seinem Votum vorhin bereits etwas darüber gesagt; er nimmt diesen Antrag ja auch an. Wir kommen daher direkt zur Abstimmung. – Ach so, Sie haben das Traktandum gewechselt. – Jawohl, nun stimmt auch noch die Traktandennummer auf dem Bildschirm. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesen ... *(Es erfolgen Zwischenrufe an den Präsidenten, wonach eine falsche Traktandennummer auf dem Bildschirm angezeigt werde. Der Präsident bittet die Rathausverwaltung, das Traktandum 34 auf den Bildschirm zurückzuholen. / Le président se fait apostropher à cause d'un faux numéro d'affaire affiché à l'écran. Le président demande à Administration de l'Hôtel du gouvernement de faire réapparaître le point 34 sur l'écran.)* – Es handelt sich um die zweite Abstimmung zum Traktandum 34. Wir wären richtig gewesen, sorry. Wir haben uns gerade verwirren lassen. Wir kommen nun zuerst zu diesem Antrag. Wer den Antrag der FDP annimmt, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.BVE.113; Antrag FDP [Sommer, Wynigen])
Vote (Affaire 2019.BVE.113 ; proposition PLR [Sommer, Wynigen])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	93
Nein / Non	53
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben diesen Antrag angenommen, mit 93 Ja- gegen 53 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Nun kommen wir noch zur Abstimmung über das eigentliche Kreditgeschäft. Wer dem Kreditgeschäft mit der Auflage, wie sie beschlossen wurde, zustimmt, stimmt Ja, wer den Kredit ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.BVE.113; Annahme mit Auflage FDP)
Vote (Affaire 2019.BVE.113 ; adoption avec charge du PLR)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme mit Auflage FDP / Adoption avec charge du PLR

Ja / Oui	148
Nein / Non	2
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben diesem Kreditgeschäft zugestimmt, mit 148 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.